

GROSSER RAT

Sitzung vom 09.09.2025, Art. Nr. 2025-0247, romm/al

PROTOKOLL

(25.165-1) Programm Natur 2030 – Für einen vielfältigen und vernetzten Lebensraum Aargau; Handlungsfelder bis 2030; Zwischenbilanz der 1. Etappe 2021–2025; Ziele und Massnahmen der 2. Etappe 2026–2030; Verpflichtungskredit; Beschlussfassung; fakultatives Referendum

Der Rat behandelt die regierungsrätliche Vorlage vom 14. Mai 2025. Die Kommission für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung (UBV) beantragt Eintreten und Beschlussfassung gemäss dem regierungsrätlichen Antrag. Es liegt ein Minderheitsantrag vor, den der Regierungsrat ablehnt.

Eintreten

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Antrag gemäss Botschaft bzw. Kommissionssynopse

Es liegt ein Minderheitsantrag aus der Kommission UBV vor: "... Der Kantonsanteil beträgt maximal 11,5 Millionen Franken (netto). ..." (*anstatt 13,5 Millionen Franken*)

Der Regierungsrat lehnt den Minderheitsantrag ab.

Gegenüberstellung

Für die Fassung gemäss Antrag RR / Mehrheit UBV (<u>13,5</u> Millionen Franken)	84 Stimmen
Für die Fassung gemäss Minderheit UBV (<u>11,5</u> Millionen Franken)	47 Stimmen

Hauptabstimmung / Schlussabstimmung

Dem Antrag gemäss Botschaft wird mit 84 gegen 46 Stimmen zugestimmt.

Beschluss

Für das Programm Natur 2030, 2. Etappe (2026–2030) wird ein Verpflichtungskredit für einen einmaligen Bruttoaufwand von 18 Millionen Franken (Produktionskostenindex des Schweizerischen Bau- und Anlagemeisterverbandes, Bausparte 10: Fluss- und Bachverbau, Stand Januar 2023) beschlossen. Der Kantonsanteil beträgt maximal 13,5 Millionen Franken (netto). Der Verpflichtungskredit passt sich um die indexbedingten Mehr- und Minderaufwendungen an.

Fakultatives Referendum

Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum gemäss § 63 Abs. 1 lit. d der Verfassung des Kantons Aargau (Kantonsverfassung, KV).

Markus Gabriel
Präsident

Rahel Ommerli
Ratssekretärin

Verteiler
Departement Bau, Verkehr und Umwelt
Departement Finanzen und Ressourcen
Abteilung Finanzen
Finanzkontrolle
Staatskanzlei (Amtsblatt)